

Der Informationsbegriff nach den Umweltinformationsgesetzen*



Alle hier zitierten Quellen sind ebenfalls in einer offen zugänglichen digitalen [Literaturdatenbank](#) enthalten. Die digitale Version dieses Kapitels ist auf der Plattform PubPub kommentierbar, kann automatisch zitiert und in vielen Formaten heruntergeladen werden. Weiterführende Links und Anleitungen finden sich unter <https://openrewi.pubpub.org/informationsfreiheit>.

A. Einleitung

Der Begriff Umweltinformation ist in § 2 Abs. 3 UIG legaldefiniert, d.h. die Definition des Rechtsbegriffes ergibt sich unmittelbar aus dem Gesetzestext. Die Begriffsbestimmung ist wesentlich für den Anspruch auf Zugang zu Umweltinformationen, da sie Inhalt und Reichweite des Anspruches nach § 3 Abs. 1 S. 1 UIG festlegt.¹

Zwar gilt diese Legaldefinition gemäß § 1 Abs. 2 UIG nur für informationspflichtige Stellen des Bundes und den bundesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts.² Allerdings enthalten die entsprechenden landesrechtlichen Regelungen der Bundesländer entweder einen ausdrücklichen Verweis auf § 2 Abs. 3 UIG oder eine gleichlautende Begriffsbestimmung. Daher gelten die folgenden Erwägungen zu § 2 Abs. 3 UIG entsprechend auch auf landesrechtlicher Ebene.

§ 2 Abs. 3 UIG stellt die nahezu wörtliche Umsetzung der europäischen Vorgabe aus Art. 2 Nr. 1 Umweltinformationsrichtlinie³ (UIRL) dar; es wurden lediglich

* Für zahlreiche sinnvolle Hinweise im internen Peer-Review danke ich Maximilian Petras und Hannah Vos; nach einem sehr produktiven öffentlichen Peer-Review danke ich besonders Andreas Fisahn.

1 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 31; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 69.

2 Siehe zu den informationspflichtigen Stellen im UIG *Dudew und Lorenz*, Kapitel 8 C: <https://doi.org/10.38072/978-3-910591-01-1/p8>.

3 Richtlinie 2003/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2003 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen und zur Aufhebung der Richtlinie 90/313/EWG des Rates.

Anpassungen an die nationale Rechtsterminologie vorgenommen. Die Definition des Begriffs Umweltinformation ist wiederum an Art. 2 Nr. 3 der Aarhus-Konvention angelehnt.⁴

Der Begriff Umweltinformation ist nach ständiger Rechtsprechung⁵ weit, d.h. bis an die Grenze des möglichen Wortsinns auszulegen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund des Gebots zur völker- und europarechtsfreundlichen Auslegung. § 2 Abs. 3 UIG ist mithin auch im Lichte der Aarhus-Konvention und der UIRL auszulegen und anzuwenden.⁶

Die Hintergründe für die weite Auslegung finden sich im Entstehungsprozess der aktuellen UIRL. Nach der Vorgängerversion⁷ dieser Richtlinie galten als Umweltinformationen

»alle in Schrift-, Bild-, Ton- oder DV-Form vorliegenden Informationen über den Zustand der Gewässer, der Luft, des Bodens, der Tier- und Pflanzenwelt und der natürlichen Lebensräume sowie über Tätigkeiten (einschließlich solcher, von denen Belästigungen wie beispielsweise Lärm ausgehen) oder Maßnahmen, die diesen Zustand beeinträchtigen oder beeinträchtigen können, und über Tätigkeiten oder Maßnahmen zum Schutz dieser Umweltbereiche einschließlich verwaltungstechnischer Maßnahmen und Programme zum Umweltschutz.«

Ähnlich lautete die Definition in der alten Fassung⁸ des Umweltinformationsgesetzes, (§ 3 Abs. 2 UIG a.F.⁹). Durch die Unterzeichnung der Aarhus-Konvention verpflichtete sich die Europäische Union zur Umsetzung der durch Konvention vorgegebenen Mindeststandards und damit der dort vereinbarten Definition des Begriffs Umweltinformation. Zwar wies bereits die Vorgängerrichtlinie eine weit gefasste Begriffsbe-

4 *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 2.

5 EuGH, 17.06.1998, C-321/96 – Mecklenburg vs. Kreis Pinneberg, Wolters Kluwer Rn. 19; BVerwG, 25.03.1999, 7 C 21/98 – Vorliegende Informationen, Wolters Kluwer Rn. 27; EuGH, 12.06.2003, C-316/01 – Glawischign vs. Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen, Wolters Kluwer Rn. 24; BVerwG, 21.02.2008, 4 C 13.07 – Einsicht in CADEC-Datenbank zum Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main, Rn. 11, 13; BVerwG, 24.09.2009, 7 C 2/09 – Bescheide über die Zuteilung von Emissionsberechtigungen nach dem TEHG, Rn. 29, 31; BVerwG, 23.02.2017, 7 C 31/15 – Planfeststellungsabschnitte, Rn. 54.

6 *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 66; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 2.

7 Richtlinie 90/313/EWG des Rates vom 7. Juni 1990 über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt 1990.

8 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 90/313/EWG des Rates vom 7. Juni 1990 über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt, BGBl I 1994, 1490.

9 Hiernach verstand man unter Informationen über die Umwelt alle in Schrift, Bild oder auf sonstigen Informationsträgern vorliegenden Daten über den Zustand der Gewässer, der Luft, des Bodens, der Tier- und Pflanzenwelt, und der natürlichen Lebensräume (1.), Tätigkeiten, einschließlich, solcher von denen Belästigungen wie beispielsweise Lärm ausgehen, oder Maßnahmen, die diesen Zustand beeinträchtigen oder beeinträchtigen können (2.) und Tätigkeiten oder Maßnahmen, zum Schutz dieser Umweltbereiche einschließlich verwaltungstechnischer Maßnahmen und Programme zum Umweltschutz (3.).

stimmung auf.¹⁰ In der Praxis führte dies bei den Mitgliedstaaten dennoch dazu, dass der Begriff eng ausgelegt wurde.¹¹ Um dem entgegenzuwirken, erschien der Europäischen Kommission eine umfassendere und ausdrücklichere Begriffsbestimmung zweckmäßig.¹²

Allerdings hat auch die weite Auslegung ihre Grenzen. So gewährt das UIG kein allgemeines und unbegrenztes Zugangsrecht zu allen bei den Behörden verfügbaren Informationen, die auch nur den geringsten Bezug zu einem Umweltgut haben. Vielmehr müssen die begehrten Informationen zu einer oder mehreren der in § 2 Abs. 3 UIG angegebenen Kategorien gehören.¹³ Die in § 2 Abs. 3 Nr. 1 bis Nr. 6 UIG aufgezählten Kategorien sind daher – trotz des Gebots der weiten Auslegung – in sich abschließend.¹⁴

Generell lässt sich zu den einzelnen Tatbestandsmerkmalen festhalten, dass sie hinsichtlich ihrer genauen Begriffsdefinition in einem Spannungsverhältnis zwischen dem Grundsatz der weiten Auslegung und den eng gefassten Begriffsverständnissen des fachspezifischen Umweltrechts stehen. Hinzu kommt, dass den verwendeten Begrifflichkeiten in den Normtexten, insbesondere bei den Umweltbestandteilen und den Umweltfaktoren, insgesamt weder ein eindeutig naturwissenschaftliches noch rechtswissenschaftliches Verständnis zugrunde gelegt werden kann. Vor dem Hintergrund, dass das UIG eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung bei umweltbezogenen Entscheidungen durch Transparenz bezweckt,¹⁵ könnte man den Schluss ziehen, dass den einzelnen Tatbestandsmerkmalen das Verständnis eines »informierten Laien« zugrunde liegt. Denn es wird sich bei den Bürger*innen, die das Recht auf Zugang zu Umweltinformationen in Anspruch nehmen und mithin Adressat*innen des UIG sind, nicht ausschließlich um Naturwissenschaftler*innen und/oder Jurist*innen handeln.

10 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 31; OVG Münster, 01.03.2011, 8 A 2861/07 – Informationen über Zahlungen aus dem EU-Agrarhaushalt, openJur, Rn. 60; Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen, Amtsblatt C337 E 2000, 156.

11 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 31; OVG Münster, 01.03.2011, 8 A 2861/07 – Informationen über Zahlungen aus dem EU-Agrarhaushalt, openJur, Rn. 60; Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen, Amtsblatt C337 E 2000, 156.

12 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 31; OVG Münster, 01.03.2011, 8 A 2861/07 – Informationen über Zahlungen aus dem EU-Agrarhaushalt, openJur, Rn. 60; Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen, Amtsblatt C337 E 2000, 156.

13 OVG Münster, 01.03.2011, 8 A 2861/07 – Informationen über Zahlungen aus dem EU-Agrarhaushalt, openJur, Rn. 60; EuGH, 12.06.2003, C-316/01 – Glawischnig vs. Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen, Wolters Kluwer, Rn. 25; OVG Münster, 13.03.2019, 5 A 769/18 – Genehmigung und Betrieb einer Tierhaltungsanlage, NRW Rn. 21.

14 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 31; OVG Lüneburg, 27.02.2018, 2 LC 58/17 – Informationen über die Transport- und Schlachtbedingungen von Nutz- und Schlachttieren II, openJur, Rn. 37.

15 BT-Drs. 15/3406, S. 11.

B. Die Tatbestandsmerkmale im Einzelnen

I. Daten

Der Begriff Umweltinformation wird im Umweltinformationsgesetz des Bundes definiert als Daten über die in den Nummern 1 bis 6 genannten Verhältnisse.¹⁶ Es werden alle Daten unabhängig von der Art ihres Speichermediums erfasst.¹⁷ Erforderlich ist lediglich, dass die Daten an beliebiger Stelle niedergelegt bzw. gespeichert sind.¹⁸ Auch analoge Arten der Speicherung wie etwa Papier oder Lochkarten werden hiervon umfasst.¹⁹ Der Gesetzgeber greift hinsichtlich des Begriffs Speichern auf die Definitionen im Datenschutzrecht zurück.²⁰ Angelehnt an § 3 Abs. 4 Nr. 1 BDSG a.F. verstand man hierunter das Erfassen, Aufnehmen oder Aufbewahren von (personenbezogenen) Daten auf einem Datenträger zum Zwecke ihrer weiteren Verarbeitung oder Nutzung.²¹ Nach der umfassenden Novellierung des Datenschutzrechts im Jahre 2018 stellt das Speichern nunmehr gemäß Art. 4 Nr. 2 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) einen Unterfall der Verarbeitung dar und meint das Aufbewahren (englisch: *storage*), insbesondere auf einem Datenträger.²² Der Grundsatz der weiten Auslegung gilt nach allgemeiner Auffassung auch für den Begriff der Daten.²³

Die UIRL verwendet bei gleicher Bedeutung eine andere Terminologie: Sie knüpft an den Begriff der Information an und nennt in ihrem Art. 2 Nr. 1 dabei beispielhaft verschiedene Formen – schriftlich, visuell, akustisch, elektronisch – in welchen Informationen vorliegen können.²⁴ Der Zusatz »sonstige materielle Form« impliziert, dass die vorgenannte Aufzählung nicht abschließend ist.

Sowohl die deutsche als auch europäische Fassung sind hinsichtlich der Art des Informationsträgers entwicklungs offen.²⁵

16 Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 71; BT-Drs. 15/3406, S. 14.

17 Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 32.

18 BT-Drs. 15/3406, S. 14.

19 BT-Drs. 15/3406, S. 14; Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 65.

20 BT-Drs. 15/3406, S. 14.

21 Vgl. auch Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 70.

22 Stefan Ernst, in: Paal/Pauly (Hrsg.), DS-GVO BDSG, 3. Auflage 2021, Art. 4 DS-GVO Rn. 24 f.

23 Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 31a; Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 71; VGH Mannheim, 29.06.2017, 10 S 436/15 – Umweltinformationen im Zusammenhang mit Stuttgart 21, openJur Rn. 37.

24 Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 70.

25 Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 65, nur hinsichtlich UIG Bund, dürfte allerdings auch für UIRL gelten.

II. Zustand von Umweltbestandteilen (Nr. 1)

Gemäß § 2 Abs. 3 Nr. 1 UIG sind Umweltinformationen alle Daten über den Zustand von Umweltbestandteilen sowie die Wechselwirkung zwischen diesen Bestandteilen. Zu den im Gesetzestext beispielhaft aufgezählten Umweltbestandteilen gehören: Luft, Atmosphäre, Wasser, Gewässer, Boden, Land, Landschaft, Natürliche Lebensräume, Artenvielfalt und gentechnisch veränderte Organismen.²⁶ Die Aufzählung ist nicht abschließend.²⁷ Die explizite Erwähnung gentechnisch veränderter Organismen lässt den Rückschluss auf einen erweiterten, über die natürliche Umwelt hinausgehenden, Umweltbegriff zu.²⁸ Daher können die in Nr. 1 genannten Umweltbestandteile durch fach- und bereichsspezifische Terminologien und dazu ergangenen Fachgesetzen konkretisiert werden.²⁹

Der Begriff Zustand impliziert zunächst einen gegenwärtigen Status quo.³⁰ Dies würde jedoch Erkenntnisse über vergangene oder zukünftige Zustände von Umweltbestandteilen vom Zugangsanspruch ausschließen.³¹ Damit Bürger*innen vom Zugangsanspruch effektiv Gebrauch machen und so wirksam zum Umweltschutz beitragen können, ist auch dieser Begriff weit auszulegen und auf vergangene sowie zukünftige Zustände auszudehnen.³²

Neben den Zuständen von Umweltbestandteilen sind auch Informationen über deren Wechselwirkungen untereinander erfasst. Diese Bestimmung erkennt an, dass die Wechselwirkungen zwischen den Umweltbestandteilen ebenso wichtig sind wie die Bestandteile selbst.³³

1. Luft und Atmosphäre

Luft und Atmosphäre sind ein Begriffspaar³⁴ und tauchen so auch in der Aarhus-Konvention auf (englisch: *air and atmosphere*). Luft bezeichnet im allgemeinen Sprach-

26 Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 33.

27 Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 72; Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 76.

28 Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 33; Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 72.

29 Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 77.

30 Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 73; Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 37.

31 Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 73.

32 OVG Koblenz, 02.06.2006, 8 A 10267/06 – Dioxinbelastung einer Tongrube, openJur, Rn. 38, 39; Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 75; Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 73; Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 37 m. W. N.

33 United Nations/Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe (Hrsg.), The Aarhus Convention: An Implementation Guide, 2. Auflage 2014, 52; vgl. Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 79.

34 Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 81.

gebrauch das Gasgemisch der Erdatmosphäre, wobei Luft neben verschiedenen Gasen auch feste und flüssige Teilchen (sog. Aerosole) sowie Staub und biologische Teilchen (z. B. Pollen oder Pilzsporen) enthält.³⁵ Der Begriff Atmosphäre verdeutlicht dabei, dass die gesamte Lufthülle der Erde in ihrer vertikalen Ausrichtung gemeint ist.³⁶ Das heißt, dass alle fünf Atmosphäreschichten – Troposphäre, Stratosphäre, Mesosphäre, Thermosphäre sowie Exosphäre – umfasst sind.³⁷ Meteorologische Daten sowie Daten über das Klima stellen nach dieser Definition Umweltinformationen im Sinne von § 2 Abs. 3 Nr. 1 UIG dar.³⁸

Zu der Frage, ob auch die Luft in Innenräumen vom Umweltinformationsbegriff umfasst ist, gibt es mehrere Auffassungen.

Ausgehend vom Wortlaut sowie dem Grundsatz der weiten Auslegung ist dies möglich. Die Aarhus-Konvention lädt insoweit die Vertragsparteien ein, auch die Innenraumluft in die Begriffsbestimmung einzubeziehen.³⁹ Gleichzeitig weist der *Aarhus-Convention Implementation Guide* darauf hin, dass fach- und bereichsspezifische Definitionen aus internationalen Abkommen für die Auslegung der Begriffe von Bedeutung sein können.⁴⁰

Die verneinende Ansicht meint, dass die Begriffe im Sinne des Umweltrechts ausgelegt werden müssen, da Zweck des Umweltinformationsrechts der Umweltschutz sei.⁴¹ So definiere die Richtlinie 2008/50/EG vom 21.05.2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa in ihrem Art. 2 Nr. 1 Luft als die Außenluft der Troposphäre, mit Ausnahme von Arbeitsplätzen, an denen Bestimmungen für den Gesundheitsschutz gelten.⁴² Im Umweltverträglichkeitsprüfungs- und Immissionsschutzrecht existieren ebenfalls Begriffsbestimmungen, die die Innenraumluft von ihrem Geltungsbereich ausschließen.⁴³ Zudem spreche der *Aarhus-Convention Implementation Guide* lediglich von einer »Einladung« an die Konventionsparteien auch die Innenraumluft

35 Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 74; Luft, abgerufen am: 29. November 2022, <https://de.wikipedia.org/wiki/Luft>.

36 Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 74; Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 81; Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 34.

37 Vgl. Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 74; nicht eindeutig: Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 81.

38 Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 74; Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 81.

39 United Nations/Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe (Hrsg.), The Aarhus Convention: An Implementation Guide, 2. Auflage 2014, 51.

40 So auch United Nations/Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe (Hrsg.), The Aarhus Convention: An Implementation Guide, 2. Auflage 2014, 51.

41 OVG Lüneburg, 06.07.2020, 2 ME 246/20 – Corona Jusitz-Erlasse II, openJur Rn. 18.

42 OVG Lüneburg, 06.07.2020, 2 ME 246/20 – Corona Jusitz-Erlasse II, openJur Rn. 17; so auch United Nations/Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe (Hrsg.), The Aarhus Convention: An Implementation Guide, 2. Auflage 2014, 51.

43 OVG Lüneburg, 06.07.2020, 2 ME 246/20 – Corona Jusitz-Erlasse II, openJur Rn. 17.

in die Definition mitaufzunehmen; dieser seien weder der europäische noch der nationale Gesetzgeber gefolgt.⁴⁴

Die bejahende Ansicht stellt demgegenüber fest, dass das UIG bzw. die UIRL nicht lediglich den Umweltschutz zum Zweck hat. Vielmehr gehe es auch darum – wie § 2 Abs. 3 Nr. 6 UIG verdeutlicht – Transparenz über den Einfluss von Umwelteinflüssen auf die menschliche Gesundheit herzustellen.⁴⁵ Dass die Zusammensetzung und Qualität der Luft in Innenräumen Einfluss auf die menschliche Gesundheit haben, ist wissenschaftlich erwiesen.⁴⁶ Weiterhin lassen sich die oben genannten Beispiele nicht widerspruchsfrei in den Wortlaut des UIG bzw. der UIRL integrieren. Die Richtlinie 2008/50/EG verwendet in ihrer englischen Fassung statt *air* den Begriff *ambient air* (deutsch: Außenluft) und definiert diesen als *outdoor air excluding workplaces*. Zudem schließe das BImSchG die Innenraumluft zwar aus ihrem Schutzbereich aus, dies allerdings nur, weil § 1 BImSchG insoweit von »Atmosphäre« und nicht von »Luft« spreche.⁴⁷

2. Wasser und Gewässer

Der Begriff Wasser meint schlicht das Element sowie dessen Bestandteile.⁴⁸ Unter Gewässer versteht man alle ober- und unterirdischen Teile der Erdoberfläche, die nicht nur vorübergehend mit Wasser bedeckt und in den natürlichen Wasserkreislauf eingebunden sind.⁴⁹ Die Nennung des Begriffspaares Wasser und Gewässer kann als sprachliches Relikt aus der Zeit vor der rechtlichen Harmonisierung durch die UIRL bezeichnet werden. Denn weder auf internationaler noch auf europäischer Ebene gibt es einen Hinweis darauf, dass zwischen Wasser und Gewässer unterschieden wird: Die Aarhus-Konvention, die UIRL sowie die Vorgängerrichtlinie⁵⁰ über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt verwenden – auch in ihren deutschen Übersetzungen – nur den Begriff Wasser. § 3 Abs. 2 Nr. 1 UIG a.F.,⁵¹ welche die nationale Umsetzung der Vorgängerrichtlinie darstellt, verwendete dagegen nur den Begriff des Gewässers. Dieser stand stets im Zentrum des deutschen Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), weshalb zur Begriffsbestimmung auf seinen Gewässerbegriff

44 OVG Lüneburg, 06.07.2020, 2 ME 246/20 – Corona Jusitz-Erlasse II, openJur Rn. 18.

45 Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 81b.

46 Innenraumluft, abgerufen am: 29. November 2022, <https://www.bmu.de/themen/gesundheitschemikalien/gesundheitschemikalien/innenraumluft>.

47 OVG Berlin-Brandenburg, 09.02.2015, 12 N 11.14 – Chrom(IV)-Verbindungen am Arbeitsplatz, openJur Rn. 9; VG Hannover, 12.05.2020, 4 B 2369/20 – Corona Jusitz-Erlasse I, openJur Rn. 42; VG Hannover, 14.06.2022, 4 A 4410/20 – Corona Justiz-Erlasse III, openJur Rn. 35 ff.

48 Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 82.

49 Kurt Faßbender, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 98. EL 2022, § 2 WHG Rn. 25 f.

50 Richtlinie 90/313/EWG des Rates vom 7. Juni 1990 über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt 1990.

51 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 90/313/EWG des Rates vom 7. Juni 1990 über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt, BGBl I 1994, 1490.

aus § 1 Abs. 1 WHG a.F.⁵² zurückgegriffen wurde.⁵³ Diese Norm bestimmte, dass die Regelungen des WHG a.F. auf oberirdische Gewässer sowie das Grundwasser anzuwenden seien. Während der Geltung der alten Fassung des UIG war daher streitig, ob der Begriff Gewässer auch Trinkwasser sowie Wasser in Kanalisationen, Abwasserleitungen und -aufbereitungsanlagen meint. Dieser Streit ist durch die Ergänzung um den Begriff Wasser nunmehr obsolet geworden.⁵⁴

In den Kommentierungen zum UIG wird teilweise immer noch angenommen, dass mit Wasser zunächst die Gewässer im Sinne von § 2 Abs. 1 WHG gemeint sind,⁵⁵ d.h. oberirdische Gewässer, Küstengewässer und Grundwasser. Genau genommen stellt die Norm keine Definition des Begriffs Gewässer dar, sondern legt lediglich fest, auf welche Art von Gewässern das WHG anzuwenden ist.⁵⁶ Der Begriff Gewässer wird vom WHG im Übrigen weder definiert noch durch die Aufzählung in § 2 Abs. 1 WHG abschließend determiniert.⁵⁷

Beispiele für Informationen über den Zustand von Wasser und Gewässer:⁵⁸

- Lage eines Grundstücks in einer Wasserschutzzone;⁵⁹
- Niederschriften von Sitzungen einer Grundwasserkommission;⁶⁰
- Untersuchungen zu Mineralwassern.⁶¹

Dagegen sind keine Informationen über den Zustand von Wasser und Gewässer:

- Informationen über die Existenz und Lage von Grundwassermessstellen.⁶²

3. Boden, Land, Landschaft, Natürliche Lebensräume

§ 2 Abs. 1 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) definiert Boden als die obere Schicht der Erdkruste einschließlich der flüssigen und gasförmigen Bestandteile, unter Ausschluss des Grundwassers und von Gewässerbetten.⁶³ Allerdings ist der Begriff

52 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz), BGBl I 1957, 1110.

53 *Andreas Theuer*, Der Zugang zu Umweltinformationen, NVwZ 1996, 326, 329.

54 *Gernot-Rüdiger Engel*, in: *Götze/Engel* (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 75; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: *Landmann/Rohmer UmweltR*, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 34.

55 *Gernot-Rüdiger Engel*, in: *Götze/Engel* (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 75; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: *Landmann/Rohmer UmweltR*, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 34.w

56 *Günther-Michael Knopp*, in: *Sieder/Zeitler/Dahme/u. a.* (Hrsg.), WHG AbwAG, 56. EL 2021, § 2 WHG Rn. 8.

57 *Kurt Faßbender*, in: *Landmann/Rohmer UmweltR*, 98. EL 2022, § 2 WHG Rn. 24.

58 Beispiele aus: *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: *Landmann/Rohmer UmweltR*, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 34; *Moritz Karg*, in: *Gersdorf/Paal* (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 82.1.

59 OVG Münster, 05.12.2011, 9 A 2184/08 – Lage eines Grundstücks in einer Wasserschutzzone, openJur Rn. 46.

60 BVerwG, 27.09.2007, 7 C 4/07 – Niederschriften über die Sitzungen einer Grundwasserkommission, *Wolters Kluwer Rn.* 14.

61 VG Magdeburg, 18.07.2006, 5 A 383/05 MD – Uranbelastung von Mineralwassern.

62 VG München, 08.02.2022, M 32 K 21.4132 – Informationen über die Existenz und Lage von Grundwassermessstellen Rn. 71-73.

63 *Moritz Karg*, in: *Gersdorf/Paal* (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 83; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: *Götze/Engel* (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 76; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*,

Boden im BBodSchG funktional und nicht räumlich definiert, d.h. man spricht von Boden im Sinne dieses Gesetzes, soweit er Träger von Bodenfunktionen im Sinne von § 2 Abs. 2 BBodSchG ist.⁶⁴ Da der Boden auch eine Nutzungsfunktion als Rohstofflagerstätte erfüllt (§ 2 Abs. 3 Bst. a BBodSchG), sind vom Bodenbegriff auch Bodenschätze im Sinne von § 3 BbergG umfasst. Im Übrigen dürften aufgrund des Grundsatzes der weiten Auslegung auch Teile der Erdoberfläche umfasst sein, die keine Bodenfunktion im Sinne des BBodSchG erfüllen.⁶⁵ Beispiele für Informationen über den Zustand von Böden sind:⁶⁶

- Messlinien und Messdaten nach § 125 BbergG zur Ermittlung von Bewegungen und Veränderungen an der Tagesoberfläche;⁶⁷
- Das Grubenbild nach § 63 Abs. 2 BbergG, § 9 Abs. 1 MarkschBergV;⁶⁸
- Dioxinbelastungen in Tongruben;⁶⁹
- Belastung von Böden mit Kampfmitteln.⁷⁰

Dagegen sind keine Informationen über den Zustand von Böden:

- Informationen zur Entwicklung und Veräußerung von Wegeparzellen;⁷¹
- Informationen über Eigentumsverhältnisse an Grundstücken.⁷²

Landschaft ist ein individuell geprägter, abgrenzbarer Teilraum der Erdoberfläche.⁷³ Informationen über das Aussehen, die Gestaltung der Landschaft sowie Veränderungen des Landschaftsbildes⁷⁴ fallen unter diesen Begriff.

in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 34.

64 Rolf Schwartmann, BBodSchG, 1. Auflage 2012, § 2 Rn. 1; Wilfried Erbguth/Mathias Schubert, in: Giesberts/Reinhardt (Hrsg.), BeckOK UmweltR, 63. Ed. 2020, § 2 BBodSchG Rn. 2.

65 Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 76.

66 Beispiele aus: Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 34.

67 VG Arnsberg, 29.11.2007, 7 K 3982/06 – Geotechnisch-markscheiderische Bewertung eines Erzbergbau, openJur Rn. 47; VG Saarlouis, 03.11.2008, 5 L 873/08 – Messlinien und Messdaten nach § 125 BbergG.

68 VG Saarlouis, 05.12.2007, 5 K 130/05 – Einsichtnahme in das Grubenbild.

69 OVG Koblenz, 02.06.2006, 8 A 10267/06 – Dioxinbelastung einer Tongrube.

70 VG Berlin, 06.09.2018, 2 K 121.17 – Belastung von Böden mit Kampfmitteln.

71 VG Koblenz, 21.08.2008, 7 K 2012/07.KO – Informationen zu Wegeparzellen, openJur Rn. 32; VG Berlin, 06.09.2018, 2 K 121.17 – Belastung von Böden mit Kampfmitteln, openJur Rn. 24.

72 VG Karlsruhe, 30.09.2021, 14 K 2520/20 – Informationen zu Eigentumsverhältnissen an Grundstücken, openJur Rn. 53 ff.

73 Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 34; Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 77; Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 84.

74 Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 84; vgl. VG Frankfurt am Main, 07.06.2011, 7 K 634/10.F – DB Netz AG ist informationspflichtige Stelle i. S. d. § 2 Abs 1 Nr 2 UIG, openJur Rn. 9.

Der natürliche Lebensraum wird in Art. 1 Bst. b der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie⁷⁵ (FFH-Richtlinie) definiert als durch geographische, abiotische und biotische Merkmale gekennzeichnete völlig natürliche oder naturnahe terrestrische oder aquatische Gebiete.⁷⁶ Damit umfasst der Begriff zunächst den Bereich, wo Tier- und Pflanzenarten ohne menschliche Eingriffe vorkommen.⁷⁷ § 2 Abs. 3 Nr. 1 UIG enthält die Klarstellung, dass hierzu auch Feuchtgebiete sowie Küsten- und Meeresgebiete gehören.⁷⁸

4. Artenvielfalt und ihre Bestandteile, einschließlich gentechnisch veränderte Organismen

Im allgemeinen Sprachgebrauch drückt der Begriff Artenvielfalt die Anzahl biologischer Arten innerhalb eines bestimmten Lebensraumes oder eines geographisch begrenzten Gebietes aus.⁷⁹ Hierbei kann man grob zwischen Flora und Fauna differenzieren.⁸⁰ In der alten Fassung des UIG⁸¹ war noch vom Zustand der Tier- und Pflanzenwelt die Rede (in der englischen Fassung der europäischen Vorgängerrichtlinie⁸²: *fauna, flora*). Dem Begriff der Tier- und Pflanzenwelt ist nunmehr der Begriff der Artenvielfalt (englisch: *biological diversity*) gewichen. Dieser umfasst im Sinne des UIG nach herrschender Meinung nur die Vielfalt wildlebender Pflanzen und Tiere.⁸³ Der Zusatz »ihre Bestandteile« verdeutlichte dabei, dass – neben der Vielfalt der Arten – auch Informationen über die wildlebenden Arten an sich umfasst seien.⁸⁴ Dies schließt begrifflich Haus- und Nutztiere oder auch menschlich gezüchtete Kultur- und Nutzpflanzen aus.⁸⁵ Informationen zu tierschutzrechtlichen Verstößen bei Nutz- und Schlachttieren sind nach herrschender Meinung daher keine Informationen über den

75 Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen 1992.

76 Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 85; OVG Münster, 04.07.2022, 15 A 4113/19 – Informationen über die Tätigkeit des sog. Slot Performance Monitoring Committee (SPMC), openJur Rn. 153.

77 Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 34; Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 77.

78 Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 77.

79 Artenvielfalt, abgerufen am: 30. November 2022, <https://de.wikipedia.org/wiki/Artenvielfalt>.

80 Artenvielfalt, abgerufen am: 30. November 2022, <https://de.wikipedia.org/wiki/Artenvielfalt>; Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 86.

81 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 90/313/EWG des Rates vom 7. Juni 1990 über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt, BGBl I 1994, 1490.

82 Richtlinie 90/313/EWG des Rates vom 7. Juni 1990 über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt 1990.

83 Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 34; Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 78; a. A. Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 86.

84 Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 34; Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 78.

85 Anne-Christin Gläß, in: Giesberts/Reinhardt (Hrsg.), BeckOK UmweltR, 63. Ed. 2022, § 37 BNatSchG Rn. 9.

Zustand der Artenvielfalt im Sinne des UIG.⁸⁶ Dies wird damit begründet, dass Nutz- und Schlachttiere – solange es sich nicht um eine bedrohte Art handele – nicht dem Artenschutz unterfallen, der sich hinter dem Begriff der Artenvielfalt verberge und bei dem es um Erhalt der Biodiversität, insbesondere um den Schutz bedrohter Arten gehe.⁸⁷ Bei Nutz- und Schlachttieren stehe vielmehr deren wirtschaftliche Nutzung im Vordergrund.⁸⁸ Die herrschende Meinung geht dabei von einem restriktiven Umweltverständnis aus⁸⁹: Das Wort »Umwelt« in Umweltinformation meint hiernach nur die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen, wozu das Wohlergehen eines einzelnen Tieres als fühlendes Wesen nicht gehöre.⁹⁰ Dies werde durch die nachträgliche Ergänzung des Art. 20a GG um den Aspekt des Tierschutzes sowie durch die Differenzierung zwischen Tier- und Umweltschutz in der AEUV deutlich.⁹¹

Diesen Ansatz kann man als speziesistisch kritisieren. Ebenso wird er den komplexen Wirkungszusammenhängen zwischen der Tier- und Pflanzenzucht sowie der Biodiversität nicht gerecht.⁹² Während der Rückgang intakter Ökosysteme auf Landnutzungsänderungen insbesondere durch die intensive Landwirtschaft und Viehzucht zurückzuführen ist, haben nachhaltige landwirtschaftliche und agrarökologische Praktiken sowie Tierhaltungssysteme gleichzeitig das Potenzial, die Biodiversität zu fördern.⁹³ Vor diesem Hintergrund erschöpft sich die nachhaltige Tier- und Pflanzenzucht nicht lediglich in einem wirtschaftlichen Nutzen.

Mit der gleichen Begründung ordnet die Rechtsprechung auch Daten über die Haltungsbedingungen des Großen Tümmlers in einem Zoo als Umweltinformationen ein, da diese Tiere unter Artenschutz stehen und ihre Haltung im Zoo eine Maßnahme darstellt, die im Hinblick auf die rechtliche Aufgabenstellung eines Zoos insbesondere bei gesetzlich geschützten wildlebenden Tierarten von Rechts wegen eine Auswirkung auf die Artenvielfalt hat.⁹⁴

Nach dem Gesetzeswortlaut gehören im Übrigen auch sämtliche gentechnisch veränderte Organismen, wie sie in § 3 Nr. 1 und Nr. 1 Bst. a Gentechnikgesetz definiert

86 BVerwG, 30.01.2020, 10 C 11.19 – Lebende Tiere, openJur Rn. 26 ff. vorgehend: OVG Lüneburg, 27.02.2018, 2 LC 58/17 – Informationen über die Transport- und Schlachtbedingungen von Nutz- und Schlachttieren II, openJur Rn. 43 ff.

87 BVerwG, 30.01.2020, 10 C 11.19 – Lebende Tiere, openJur Rn. 26.

88 Astrid Hüttebräuker/Helena Bertrams, VIG und Tierschutz, LMuR 2020, 213, 213.

89 OVG Lüneburg, 27.02.2018, 2 LC 58/17 – Informationen über die Transport- und Schlachtbedingungen von Nutz- und Schlachttieren II, openJur Rn. 43.

90 BVerwG, 30.01.2020, 10 C 11.19 – Lebende Tiere, openJur Rn. 29.

91 BVerwG, 30.01.2020, 10 C 11.19 – Lebende Tiere, openJur Rn. 29.

92 Siehe hierzu: *IPBES*, Summary for policymakers of the global assessment report on biodiversity and ecosystem services, 25. November 2019.

93 *IPBES*, Summary for policymakers of the global assessment report on biodiversity and ecosystem services, 25. November 2019, 20, 30, 49.

94 VGH München, 24.05.2011, 22 B 10.1875 – Daten über die Haltung des Großen Tümmlers in einem Zoo; VG Düsseldorf, 17.10.2014, 26 K 8374/12 – Informationen über die Haltungsumstände der Großen Tümmler im Zoo.

sind, zur Artenvielfalt.⁹⁵ Hiernach sind gentechnisch veränderte Organismen mit Ausnahme von Menschen solche, deren genetisches Material in einer Weise verändert worden ist, wie sie unter natürlichen Bedingungen durch Kreuzen oder natürliche Rekombination nicht vorkommt. Die wörtliche Nennung gentechnisch veränderter Organismen stellt lediglich eine Klarstellung dar: Vor der umfassenden Neuregelung des Umweltinformationsrechts durch die UIRL haben die Mitgliedstaaten gentechnisch veränderte Organismen aufgrund einer engen Auslegung aus dem Anwendungsbereich des Umweltinformationsbegriffs ausgeschlossen.⁹⁶

III. Umweltfaktoren (Nr. 2)

Zu den Umweltfaktoren zählen nach § 2 Abs. 3 Nr. 2 UIG Stoffe, Energie, Lärm und Strahlung, Abfälle aller Art sowie Emissionen, Ableitungen und sonstige Freisetzen von Stoffen in die Umwelt. Die Formulierung »Umweltfaktoren wie [...]« deutet darauf hin, dass die Aufzählung der genannten Faktoren beispielhaft und nicht abschließend ist.⁹⁷ Die einzelnen Faktoren lassen sich wiederum nicht sinnvoll voneinander abgrenzen. Denn zum einen überschneiden sich die Begriffe inhaltlich. Zum anderen werden zur Begriffsbestimmung teilweise umweltrechtliche Definitionen verwendet, teilweise naturwissenschaftliche.

Die – im Folgenden näher erläuterten – Umweltfaktoren müssen sich auf den Zustand eines oder mehrerer Umweltbestandteile im Sinne von § 2 Abs. 3 Nr. 1 UIG auswirken oder wahrscheinlich auswirken. Ob sich ein Umweltfaktor auf ein oder mehrere Umweltbestandteile auswirkt oder wahrscheinlich auswirkt, ist keine Rechts-, sondern eine Tatsachenfrage. Da es sich bei der Umweltinformation gemäß § 2 Abs. 3 UIG um ein den Zugangsanspruch begründendes Tatbestandsmerkmal handelt, trägt grundsätzlich der/die Antragsteller*in die Darlegungslast für dessen Vorliegen. So tragen Antragsteller*innen auch für die Tatsache des (möglichen) Wirkungszusammenhanges die Darlegungslast. Die Anforderungen hieran sind nicht hoch,⁹⁸ da – wie der Wortlaut verdeutlicht – ein potenzieller Wirkungszusammenhang ausreicht.⁹⁹ Maßstab hierfür ist nach höchstrichterlicher Rechtsprechung der allgemeine ordnungsrechtliche Wahrscheinlichkeitsmaßstab.¹⁰⁰ Dieser Maßstab besagt, dass die hinreichende

95 *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 86; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 35.

96 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen, Amtsblatt C337 E 2000, 156.

97 *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 87.

98 *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 91.

99 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 41.

100 BVerwG, 08.05.2019, 7 C 28.17 – Unterlagen im Zusammenhang mit den Baumfällungen für Stuttgart 21, openJur Rn. 20; für das IFG: BVerwG, 27.11.2014, 7 C 12/13 – Verkaufsakten der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, openJur Rn. 43.

Wahrscheinlichkeit eines Schadenseintritts erforderlich ist.¹⁰¹ Für die Umweltfaktoren bedeutet dies, dass ein sicherer Nachweis ihrer nachteiligen Auswirkungen nicht erforderlich ist; es genügt vielmehr die Möglichkeit einer Beeinträchtigung von Umweltbestandteilen. Diese Möglichkeit darf nicht nur eine theoretische sein; eher fernliegende Befürchtungen scheiden daher aus.¹⁰²

Die Faktoren Lärm, Strahlung, Energie sowie Emissionen finden sich auch im Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG), genauer in den Begriffsbestimmungen nach § 3 Abs. 2 und Abs. 3 BImSchG, wieder. Das deutsche Immissionsschutzrecht differenziert zwischen Immissionen im Sinne von § 3 Abs. 2 BImSchG und Emissionen im Sinne von § 3 Abs. 3 BImSchG. In beiden Fällen handelt es sich um dieselben Umwelteinwirkungen, nämlich die in § 3 Abs. 2 BImSchG genannten Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Umwelteinwirkungen. Lediglich der Ort der Einwirkung ist ein anderer.¹⁰³ Emissionen sind anlagenbezogen, d.h. die Umwelteinwirkungen werden an ihrem konkreten Austrittsort gemessen,¹⁰⁴ während Immissionen an ihrem Einwirkungsort betrachtet werden.¹⁰⁵ Die Begriffsbestimmungen zu Immissionen und Emissionen aus dem BImSchG können teilweise im Rahmen der Umweltfaktoren im Sinne von § 2 Abs. 3 Nr. 2 UIG fruchtbar gemacht werden.¹⁰⁶

Nach der Gesetzesbegründung¹⁰⁷ erfasst der Zugangsanspruch auch die zur Erhebung der Umweltfaktoren angewandten Messverfahren einschließlich der Verfahren zur Analyse, Probenahme und Vorbehandlung der Proben oder die Bezeichnung der angewandten standardisierten Verfahren.¹⁰⁸

1. Stoffe

Stoffe sind durch bestimmte chemische und physikalische Eigenschaften gekennzeichnete Substanzen.¹⁰⁹ Diese Definition entspricht dem Stoffbegriff in der Chemie,¹¹⁰ daher

101 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 41; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 88; *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 91.

102 BVerwG, 08.05.2019, 7 C 28.17 – Unterlagen im Zusammenhang mit den Baumfällungen für Stuttgart 21, openJur Rn. 20; BVerwG, 27.11.2014, 7 C 12/13 – Verkaufsakten der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, openJur Rn. 43.

103 Emissionen und Immissionen | Deutscher Naturschutzring, abgerufen am: 30. November 2022, <https://www.dnr.de/themen/glossar/emissionen-und-immissionen>.

104 *Martin Schulte/Kathleen Michalk*, in: Giesberts/Reinhardt (Hrsg.), BeckOK UmweltR, 63. Ed. 2022, § 3 BImSchG Rn. 69 f.

105 *Martin Schulte/Kathleen Michalk*, in: Giesberts/Reinhardt (Hrsg.), BeckOK UmweltR, 63. Ed. 2022, § 3 BImSchG Rn. 9.

106 *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 87.

107 BT-Drs. 15/3406, S. 15.

108 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 40; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 86.

109 *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 81; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 39.

110 Chemischer Stoff, abgerufen am: 30. November 2022, https://de.wikipedia.org/wiki/Chemischer_Stoff.

sind auch Reinstoffe und Gemische von § 2 Abs. 3 Nr. 2 UIG erfasst.¹¹¹ Der zu enge Stoffbegriff des Gefahrenstoffrechts, der hierunter gemäß Art. 2 Nr. 7 der CLP-Verordnung¹¹² nur Reinstoffe versteht,¹¹³ findet insoweit keine Anwendung.¹¹⁴

2. Energie

Energie ist eine physikalische Größe, die in Joule ausgedrückt wird.¹¹⁵ Zu den Energieformen zählen unter anderem die kinetische Energie, thermische Energie, chemische Energie, elektrische Energie, Strahlungsenergie und die potenzielle Energie.¹¹⁶ In der rechtswissenschaftlichen Terminologie ist der Begriff deutlich enger gefasst.¹¹⁷ So versteht man unter Energie im Sinne von § 3 Nr. 14 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) Elektrizität, Gas und Wasserstoff, soweit sie zur leitungsgebundenen Energieversorgung verwendet werden.¹¹⁸ Mithin sind nur bestimmte Formen der Energie vom EnWG umfasst.¹¹⁹ Welche Definition hier für das UIG in Betracht kommt, wird in der Literatur nicht einheitlich beurteilt.¹²⁰ Rechtsprechung hierzu gibt es noch nicht. Für ein physikalisches Begriffsverständnis spricht der Grundsatz der weiten Auslegung, der auch durch die Formulierung »Faktoren wie [...]« zum Tragen kommt. Allerdings kann dieses Begriffsverständnis von Energie wegen seiner Konturlosigkeit zu Abgrenzungsproblemen führen, da letztlich jede Art von Ursache und Wirkung eine Form von Energie voraussetzt. Dagegen erscheint die Begriffsbestimmung aus dem EnWG zu eng: Das zusätzliche Kriterium der Leitungsgebundenheit des Energieträgers schließt nämlich andere Transportsysteme aus.¹²¹

111 *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 81; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 39.

112 Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006/2008.

113 Chemischer Stoff, abgerufen am: 30. November 2022, https://de.wikipedia.org/wiki/Chemischer_Stoff.

114 *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 81.

115 Energie, abgerufen am: 30. November 2022, <https://de.wikipedia.org/wiki/Energie>; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 82.

116 Energieformen, abgerufen am: 30. November 2022, <https://www.aachen-hat-energie.de/entw/energieformen.htm>.

117 *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 82.

118 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 39.

119 Vgl. *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 82.

120 Für weites Begriffsverständnis: *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 82; für enges Begriffsverständnis: *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 39.

121 *Christian Theobald*, in: Theobald/Kühling (Hrsg.), Energierecht, 117. EL 2022, § 1 EnWG Rn. 16.

3. Lärm

Lärm ist weder eine messbare physikalische Größe noch ein Rechtsbegriff.¹²² Vielmehr handelt es sich im allgemeinen Sprachgebrauch um eine Bezeichnung für hörbare Schallwellen, die der Mensch als störend empfindet und die mitunter gesundheitsschädlich werden können.¹²³ Wann die Schwelle der Störung bzw. Belästigung erreicht ist, hängt vom subjektiven Empfinden des oder der Betroffenen ab.¹²⁴

Schallwellen können zum einen über den für den Menschen bewerteten Schalldruckpegel (Lautstärke) in der Einheit dB (A) sowie über die Frequenz (Tonhöhe) in der Maßeinheit Hertz (Hz) ausgedrückt werden.¹²⁵ Neben hörbaren (Frequenzbereich von 16 Hz bis 20.000 Hz)¹²⁶ können auch nicht-hörbare tieffrequente Schallwellen vom Menschen als unangenehm empfunden werden.¹²⁷

Es existieren Regelwerke für verschiedene Anwendungsbereiche, die Grenz- oder Richtwerte für Lärm festlegen, so z. B. die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA-Lärm), das Fluglärmsgesetz (FluLärmG), die Sportanlagenlärmschutzverordnung (18. BImSchV) sowie die Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV).¹²⁸ In der Literatur wird unterschiedlich beurteilt, ob für die Frage des Vorliegens von Lärm im Sinne des UIG auf die Grenz- oder Richtwerte solcher Regelungen zurückgegriffen werden muss¹²⁹ oder das subjektive Empfinden von Antragsteller*innen ausreicht.¹³⁰

Beide Ansichten berücksichtigen nicht, dass sich Umweltfaktoren wie Lärm nach § 2 Abs. 3 Nr. 2 UIG auf einen Umweltbestandteil auswirken müssen, wozu der Mensch nicht zählt.¹³¹ Vielmehr stellt der den Menschen störende Lärm einen Faktor dar, der den Zustand der menschlichen Gesundheit oder die Lebensbedingungen des Menschen betrifft bzw. betreffen kann und ist mithin eine Umweltinformation im Sinne des

122 Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 39.

123 Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 39; Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 83; Hans Jarass, BImSchG, 14. Auflage 2022, § 3 Rn. 7; Was ist Lärm? – Physikalische Grundlagen, abgerufen am: 30. November 2022, <http://www.xn--fluglrm-portal-9hb.de/fluglaerm-debatte/was-ist-laerm/>.

124 Markus Thiel, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 98. EL 2022, § 3 BImSchG Rn. 63; Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 83; Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 39; Was ist Lärm? – Physikalische Grundlagen, abgerufen am: 30. November 2022, <http://www.xn--fluglrm-portal-9hb.de/fluglaerm-debatte/was-ist-laerm/>; Lärm, abgerufen am: 30. November 2022, <https://de.wikipedia.org/wiki/L%C3%A4rm>.

125 Was ist Lärm? – Physikalische Grundlagen, abgerufen am: 30. November 2022, <http://www.xn--fluglrm-portal-9hb.de/fluglaerm-debatte/was-ist-laerm/>.

126 Schall, abgerufen am: 30. November 2022, <https://de.wikipedia.org/wiki/Schall>.

127 Martin Schulte/Kathleen Michalk, in: Giesberts/Reinhardt (Hrsg.), BeckOK UmweltR, 63. Ed. 2022, § 3 BImSchG Rn. 23; Tieffrequente Geräusche, abgerufen am: 30. November 2022, <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/laermwirkung/tieffrequente-geraeusche>.

128 Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 39.

129 So Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 39.

130 So Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 83.

131 Vgl. OVG Münster, 04.07.2022, 15 A 4113/19 – Informationen über die Tätigkeit des sog. Slot Performance Monitoring Committee (SPMC) Rn. 153.

§ 2 Abs. 3 Nr. 6 UIG. Im Rahmen von § 2 Abs. 3 Nr. 2 UIG scheint daher ein Rückgriff auf Grenz- und Richtwerte, die sich am Hörvermögen des Menschen ausrichten, nicht angezeigt. So verwenden z.B. die TA-Lärm, das FluLärmG sowie die 18. BImSchV den bewerteten Schalldruckpegel dB (A), der genau genommen keine objektive Messung des Schalldruckpegels darstellt, sondern das Lautstärkeempfinden des Menschen wiedergibt.¹³² Zudem würde die Prüfung der Einschlägigkeit von Lärm nach den oben genannten Grenz- bzw. Richtwerten den Prüfungsumfang der informationspflichtigen Stelle erheblich erhöhen. Darüber hinaus widerspricht sie dem Grundsatz der weiten Auslegung.¹³³

4. Strahlung

Als Strahlung bezeichnet man in der Physik die Ausbreitung von Energie in Form von Teilchenstrahlung oder elektromagnetischen Wellen.¹³⁴ Insoweit stellt Strahlung genau genommen einen Unterfall des Umweltfaktors Energie dar. Zu den elektromagnetischen Wellen zählen z. B. Gamma-, Röntgen-, UV-, Infrarot-, Mikrowellen- und Rundfunkstrahlung.¹³⁵

Zur Teilchenstrahlung zählen z. B. Alpha-, Beta- und Ionenstrahlung.¹³⁶ Das Begriffsverständnis des BImSchG ist insoweit nicht zugrunde zu legen, da § 2 Abs. 2 S. 1 BImSchG die ionisierende Strahlung aus seinem Anwendungsbereich ausnimmt.¹³⁷

5. Abfälle aller Art

Abfall ist ein Rechtsbegriff und umfasst im Hinblick auf § 3 Abs. 1 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) alle Stoffe oder Gegenstände, derer sich ihr Besitzer entledigt, entledigen will oder entledigen muss.¹³⁸ Abfallrechtliche Entsorgungsnachweise und Begleitscheine sind hiernach Umweltinformationen.¹³⁹

132 Was ist Lärm? – Physikalische Grundlagen, abgerufen am: 30. November 2022, <http://www.xn--fluglrm-portal-9hb.de/fluglaerm-debatte/was-ist-laerm/>.

133 Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 83.

134 Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 39; Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 84; Was ist ionisierende Strahlung?, abgerufen am: 30. November 2022, https://www.bfs.de/DE/themen/ion/einfuehrung/einfuehrung_node.html.

135 Elektromagnetische Welle, abgerufen am: 30. November 2022, https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Elektromagnetische_Welle&oldid=226121540#Spektrum; VG Trier, 17.12.2009, 5 L 656/09. TR – Rundfunkwellen.

136 Strahlung, abgerufen am: 30. November 2022, <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Strahlung&oldid=223561118#Teilchenstrahlung>.

137 Markus Thiel, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 98. EL 2022, § 3 BImSchG Rn. 68; daher Kommentierung in Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 88 ungenau.

138 Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 39; Gernot-Rüdiger Engel, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 85; Moritz Karg, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 89; Jürgen Fluck/Andreas Theuer, in: Fluck/Fischer/Martini (Hrsg.), Informationsfreiheitsrecht, 2020, § 2 UIG Rn. 301 f.

139 Olaf Reidt/Gernot Schiller, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 39.

6. Emissionen, Ableitungen und sonstige Freisetzen von Stoffen in die Umwelt

Unter Emissionen versteht man zunächst die in § 3 Abs. 3 BImSchG genannten Umwelteinwirkungen, die von Anlagen ausgehen.¹⁴⁰ Ableiten stellt in der Rechtswissenschaft eine Benutzungsform von Grundwasser dar, § 9 Abs. 1 Nr. 5 WHG. Da diese Definition deutlich zu eng ist, wird auf die Verwendung im allgemeinen Sprachgebrauch zurückgegriffen. Hiernach bezeichnet Ableitung unter anderem das Verbringen von Flüssigkeiten.¹⁴¹ Die Formulierung »sonstige Freisetzen« deutet darauf hin, dass Emissionen und Ableitungen Fälle des Freisetzens von Stoffen in die Umwelt darstellen.¹⁴²

Zwar beziehen sich die Freisetzen nur auf Stoffe, weshalb der Begriff enger erscheint als der Emissionsbegriff nach § 3 Abs. 3 BImSchG, der ebenso Geräusche, Licht, Wärme, Strahlung und ähnliche Umwelteinwirkungen umfasst.¹⁴³ Allerdings dürfte es sich hierbei um eine terminologische Ungenauigkeit handeln, da dieser Begriff sonst seine Funktion als Auffangtatbestand nicht erfüllen könnte.

Exkurs zum Emissionsbegriff im Rahmen von §§ 8, 9 UIG

Der Begriff Emissionen taucht auch im Rahmen der Ablehnungsgründe auf, genauer in § 8 Abs. 2 S. 2 sowie § 9 Abs. 2 S. 2 UIG. Nach diesen Vorschriften können Anträge auf Umweltinformationen über Emissionen nicht unter Berufung auf die Gründe aus

- § 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 UIG (Nachteilige Auswirkung auf die Vertraulichkeit von Beratungen informationspflichtiger Stellen),
- § 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 UIG (Nachteilige Auswirkung auf den Zustand von Umweltbestandteilen im Sinne von § 2 Abs. 3 Nr. 1 und Schutzgütern im Sinne von § 2 Abs. 3 Nr. 6),
- § 9 Abs. 1 Nr. 1 UIG (Offenbarung von personenbezogenen Daten),
- § 9 Abs. 1 Nr. 3 UIG (Offenbarung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen oder Informationen, die dem Steuer- oder Statistikgeheimnis unterliegen),
- § 9 Abs. 2 S. 1 UIG (Übermittlung von Informationen an informationspflichtige Stellen durch private Dritte).

140 Siehe oben; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 39; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 85.

141 Ableitung, abgerufen am: 30. November 2022, <https://de.wiktionary.org/w/index.php?title=Ableitung&oldid=9293898>; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 65; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 39.

142 EuGH, 23.11.2016, C-442/14 – Bayer CropScience vs. Stichting De Bijenstichting Rn. 65; BVerwG, 24.09.2009, 7 C 2/09 – Bescheide über die Zuteilung von Emissionsberechtigungen nach dem TEHG Rn. 42; *Jürgen Fluck/Andreas Theuer*, in: Fluck/Fischer/Martini (Hrsg.), Informationsfreiheitsrecht, 2020, § 2 UIG Rn. 303; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 85.

143 *Jürgen Fluck/Andreas Theuer*, in: Fluck/Fischer/Martini (Hrsg.), Informationsfreiheitsrecht, 2020, § 2 UIG, Rn. 304.

abgelehnt werden.¹⁴⁴ Das Gesetz enthält insoweit bereits eine Vorrangentscheidung zugunsten des öffentlichen Interesses, sodass keine zusätzliche einzelfallbezogene Abwägung bei der Frage der Ablehnung des Informationsanspruches stattfindet.¹⁴⁵ Aufgrund des Ausnahmecharakters, den Umweltinformationen über Emissionen aufweisen, scheint es daher zunächst angezeigt, den Begriff der Emissionen genau zu umreißen und von den Ableitungen und sonstigen Freisetzungen in die Umwelt abzugrenzen.

Tatsächlich weist die Gesetzesbegründung zu § 8 UIG¹⁴⁶ für den Begriff der Emissionen auf Art. 2 Nr. 5 der inzwischen aufgehobenen IVU-Richtlinie¹⁴⁷ hin. Hiernach bezeichnet Emission die von Punktquellen oder diffusen Quellen der Anlage ausgehende direkte oder indirekte Freisetzung von Stoffen, Erschütterungen, Wärme oder Lärm in die Luft, das Wasser oder den Boden. Diese Definition wurde wortgleich von der Nachfolgerichtlinie¹⁴⁸ über Industrieemissionen übernommen. Dieser ausdrückliche Hinweis des Gesetzgebers hat auch das BVerwG dazu bewogen, für das UIG das Begriffsverständnis der Industrieemissionsrichtlinie zugrunde zu legen.¹⁴⁹ Im Übrigen findet sich auch im *Implementation Guide* der Aarhus-Konvention der Hinweis auf die Industrieemissionsrichtlinie.¹⁵⁰ Diese Definition entspricht inhaltlich auch dem Emissionsbegriff des § 3 Abs. 3 BImSchG, der ebenfalls einen Anlagenbezug erfordert.¹⁵¹

Trotz dieser sehr eindeutigen Begrenzung des Emissionsbegriffes, hat der EuGH in zwei Entscheidungen¹⁵² einer solch engen Auslegung des Emissionsbegriffes eine Absage erteilt.¹⁵³ Zur Begründung führt er aus, dass eine Begrenzung des Begriffes dem Zweck einer möglichst umfassenden Verbreitung von Umweltinformationen nicht gerecht würde.¹⁵⁴ Überdies widerspräche es dem Wortlaut des Art. 4 Abs. 4 UAbs. 1 Bst. d der Aarhus-Konvention, nur solche Emissionen zu erfassen, die von Industrieanlagen

144 Siehe zu den Ablehnungsgründen im Übrigen Kapitel 9a bis 15.

145 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 8 UIG Rn. 45.

146 BT-Drs. 15/3406, S. 19.

147 Richtlinie 2008/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2008 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung.

148 Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen.

149 BVerwG, 24.09.2009, 7 C 2/09 – Bescheide über die Zuteilung von Emissionsberechtigungen nach dem TEHG, Wolters Kluwer Rn. 42; *Hagen Lohmann*, (Kein) Geheimnisschutz im Rahmen der Emissionserklärung, NVwZ 2022, 1685 (1688).

150 *Hagen Lohmann*, (Kein) Geheimnisschutz im Rahmen der Emissionserklärung, NVwZ 2022, 1685 (1688); United Nations/Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe (Hrsg.), The Aarhus Convention: An Implementation Guide, 2. Auflage 2014, 88.

151 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 8 UIG Rn. 46.

152 EuGH, 23.11.2016, C-442/14 – Bayer CropScience vs. Stichting De Bijenstichting; EuGH, 23.11.2016, C-673/13 P – Kommission vs. Stichting Greenpeace Nederland und PAN Europe.

153 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 8 UIG Rn. 46.

154 EuGH, 23.11.2016, C-442/14 – Bayer CropScience vs. Stichting De Bijenstichting, Rn. 73.

ausgehen.¹⁵⁵ Nach dieser Vorschrift sind Informationen über Emissionen, die für den Schutz der Umwelt von Bedeutung sind, stets anzugeben. Eine Abgrenzung zu Ableitungen und Freisetzungen sei auch nicht notwendig, da in diversen EU-Rechtsakten »Emissionen«, »Ableitungen« und »Freisetzungen« gleichgestellt seien.¹⁵⁶

Die Entscheidung des EuGH vom 23.11.2016¹⁵⁷ bezog sich konkret auf Zulassungsunterlagen eines Pflanzenschutzmittels. Er urteilte, dass das Freisetzen von Pflanzenschutzmitteln oder Biozid-Produkten sowie den in diesen Produkten enthaltenen Stoffen in die Umwelt unter den Begriff »Emissionen in die Umwelt« falle, sofern dieses Freisetzen unter normalen oder realistischen Anwendungsbedingungen tatsächlich stattfindet oder vorhersehbar sei.¹⁵⁸ Zudem fielen auch alle Angaben über Art, Zusammensetzung, Menge, Zeitpunkt und Ort der Freisetzung sowie die Daten über Auswirkungen, insbesondere zu Rückständen in der Umwelt nach der Anwendung des Produktes sowie Studien hierzu unter den Begriff »Informationen über Emissionen in die Umwelt«.¹⁵⁹

Abstrakt formuliert erfassen Informationen über Emissionen im Sinne von § 8 Abs. 2 S. 2 sowie § 9 Abs. 2 S. 2 UIG nach der EuGH-Rechtsprechung alle Emissionen von Gas oder anderen Stoffen in die Atmosphäre als auch ein sonstiges Freisetzen oder sonstige Ableitungen wie das Freisetzen von Stoffen, Zubereitungen, Organismen, Mikroorganismen, Erschütterungen, Wärme oder Lärm in die Umwelt, insbesondere in die Luft, das Wasser oder den Boden.¹⁶⁰ Dies allerdings mit der Einschränkung, dass die fraglichen Emissionen des Produktes oder Stoffes unter normalen oder realistischen Anwendungsbedingungen tatsächlich vorliegen oder vorhersehbar sind; rein hypothetische Emissionen genügen nicht.¹⁶¹

IV. Maßnahmen oder Tätigkeiten mit Umweltbezug (Nr. 3)

1. Maßnahmen oder Tätigkeiten

Das Begriffspaar Maßnahmen und Tätigkeiten im Sinne von § 2 Abs. 3 Nr. 3 UIG umfasst alle menschlichen Aktivitäten, die Einfluss auf die Umwelt haben und ist weit auszulegen.¹⁶²

155 EuGH, 23.11.2016, C-442/14 – Bayer CropScience vs. Stichting De Bijenstichting, Rn. 72.

156 EuGH, 23.11.2016, C-442/14 – Bayer CropScience vs. Stichting De Bijenstichting Rn. 66.

157 EuGH, 23.11.2016, C-442/14 – Bayer CropScience vs. Stichting De Bijenstichting.

158 EuGH, 23.11.2016, C-442/14 – Bayer CropScience vs. Stichting De Bijenstichting Rn. 81.

159 EuGH, 23.11.2016, C-442/14 – Bayer CropScience vs. Stichting De Bijenstichting Rn. 87.

160 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 8 UIG Rn. 46.

161 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 8 UIG Rn. 46.

162 BVerwG, 21.02.2008, 4 C 13.07 – Einsicht in CADEC-Datenbank zum Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main Rn. 13; OVG Münster, 01.03.2011, 8 A 2861/07 – Informationen über Zahlungen aus dem EU-Agrarhaushalt, openJur Rn. 65; OVG Lüneburg, 27.02.2018, 2 LC 58/17 – Informationen über die Transport- und Schlachtbedingungen von Nutz- und Schlachttieren II, openJur Rn. 38; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 89; *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK

Im Verwaltungsrecht bezeichnet der Begriff Maßnahme eine öffentlich-rechtliche Willenserklärung.¹⁶³ Dagegen umfasst der Begriff Tätigkeiten sämtliches menschliches Verhalten (auch Unterlassen, wenn eine Rechtspflicht zum Handeln besteht), unabhängig von Grund, Ursache, Ziel oder Zweck.¹⁶⁴ Maßnahmen und Tätigkeiten sind auch solche, die subjektive Einschätzungen und Wertungen enthalten¹⁶⁵ oder bereits vergangen sind.¹⁶⁶

Beispiele für Maßnahmen oder Tätigkeiten:¹⁶⁷

- Bescheide über die Zuteilung von Emissionsberechtigungen;¹⁶⁸
- Genehmigung und Betrieb einer Tierhaltungsanlage;¹⁶⁹
- Ermittlungsmaßnahmen im Rahmen von Ordnungswidrigkeiten;¹⁷⁰
- Maßnahmen des Verwaltungszwangs;¹⁷¹
- Stellungnahmen von Beteiligung im Rahmen von Planfeststellungsverfahren;¹⁷²
- Verkehrsuntersuchungen im Zusammenhang mit einem Straßenbauvorhaben.¹⁷³

2. Auswirkung auf Umweltbestandteile oder Faktoren (Bst. a)

Gemäß § 2 Abs. 3 Nr. 3 Bst. a UIG muss sich die Maßnahme oder Tätigkeit auf Umweltbestandteile im Sinne von Nr. 1 oder Faktoren im Sinne von Nr. 2 auswirken oder wahrscheinlich auswirken. Diesbezüglich kann auf den im Rahmen der Umweltfaktoren besprochenen ordnungsrechtlichen Wahrscheinlichkeitsmaßstab verwiesen werden. Ob sich die Maßnahme oder Tätigkeit unmittelbar oder lediglich mittelbar

InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 96; ähnlich *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 43.

163 *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 99; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 43; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: *Götze/Engel* (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 93.

164 *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 102; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 43; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: *Götze/Engel* (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 90; ähnlich *Jürgen Fluck/Andreas Theuer*, in: *Fluck/Fischer/Martini* (Hrsg.), Informationsfreiheitsrecht, 2020, § 2 UIG Rn. 316.

165 OVG Schleswig, 15.09.1998, 4 L 139-98 – Zugang zur Vorauswahlliste naturschutzrechtlicher Prüfgebiete Schleswig-Holsteins.

166 OVG Münster, 01.03.2011, 8 A 2861/07 – Informationen über Zahlungen aus dem EU-Agrarhaushalt, openJur Rn. 73; VG Minden, 25.05.2005, 11 K 32/05 – Einsicht in aufgehobene Ordnungsverfügung, openJur Rn. 9.

167 Beispiele aus: *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 43; *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 99.1.

168 BVerwG, 24.09.2009, 7 C 2/09 – Bescheide über die Zuteilung von Emissionsberechtigungen nach dem TEHG.

169 OVG Münster, 13.03.2019, 5 A 769/18 – Genehmigung und Betrieb einer Tierhaltungsanlage.

170 VGH Kassel, 22.05.2019, 9 A 1480/17.Z – Ordnungswidrigkeitsverfahren nach § 5 LuftVO, openJur Rn. 17.

171 VGH Mannheim, 10.06.1998, 10 S 58/97 – Einsicht in Verwaltungsakten bzgl. unzulässigen HCB-Emissionen, openJur Rn. 17.

172 EuGH, 17.06.1998, C-321/96 – Mecklenburg vs. Kreis Pinneberg; BVerwG, 21.02.2008, 4 C 13.07 – Einsicht in CADEC-Datenbank zum Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main Rn. 12 f.

173 OVG Bautzen, 06.12.2016, 4 A 342/14 – Informationen im Zusammenhang des Neubaus der Bundesstraße 178, juris Rn. 26.

auswirkt, ist nicht von Belang.¹⁷⁴ Keine Umweltinformationen stellen Maßnahmen oder Tätigkeiten dar, die vor ihrer Verwirklichung aufgegeben wurden und sich mithin nicht auf die Umwelt ausgewirkt haben.¹⁷⁵

3. Schutz von Umweltbestandteilen (Bst. b)

Alternativ muss die Maßnahme oder Tätigkeit den Schutz von Umweltbestandteilen im Sinne von Nr. 1 bezwecken, d.h. geeignet sein, den Zustand der Umweltbestandteile zu erhalten oder zu verbessern.¹⁷⁶ Zu den Maßnahmen zählen nach dem Gesetzeswortlaut auch politische Konzepte, Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Abkommen, Umweltvereinbarungen, Pläne und Programme. Ausreichend ist, dass die Maßnahme den Schutz der Umweltbestandteile mittelbar bezweckt.¹⁷⁷

Politische Konzepte im Sinne der Vorschrift sind nach dem Wortlaut der Gesetzesbegründung fertige Konzepte, die von einer Leitung der Stelle der öffentlichen Verwaltung gebilligt wurden.¹⁷⁸ Noch im Entstehungsprozess befindliche Konzepte sind im Hinblick auf den Ablehnungsgrund aus § 8 Abs. 2 Nr. 4 UIG nicht erfasst.¹⁷⁹ Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung¹⁸⁰ sowie das Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit¹⁸¹ sind Beispiele für politische Konzepte.

Die Rechtsprechung stufte mehrfach Dokumente zum Atomausstieg, die im Vorfeld der 13. Atomgesetz-Novelle entstanden waren, als Umweltinformationen in diesem

174 *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 96; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 44; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 94; BVerwG, 21.02.2008, 4 C 13.07 – Einsicht in CA-DEC-Datenbank zum Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main Rn. 13; BVerwG, 23.02.2017, 7 C 31/15 – Planfeststellungsabschnitte Rn. 60.

175 BVerwG, 01.11.2007, 7 B 37/07 – Informationen im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau Rn. 15; VGH Kassel, 25.03.2022, 4 A 151/21.Z – Informationen über geplante Errichtung von Windenergieanlagen, openJur Rn. 11.

176 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 45; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 95; *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 100; *Jürgen Fluck/Andreas Theuer*, in: Fluck/Fischer/Martini (Hrsg.), Informationsfreiheitsrecht, 2020, § 2 UIG Rn. 334.

177 BVerwG, 25.03.1999, 7 C 21/98 – Vorliegende Informationen, Wolters Kluwer Rn. 28; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 95; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 45; *Jürgen Fluck/Andreas Theuer*, in: Fluck/Fischer/Martini (Hrsg.), Informationsfreiheitsrecht, 2020, § 2 UIG Rn. 335.

178 BT-Drs. 15/3406, S. 15.

179 BT-Drs. 15/3406, S. 15.

180 Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016 - Bundesregierung, abgerufen am: 1. Dezember 2022, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/deutsche-nachhaltigkeitsstrategie-neuaufgabe-2016-730826>.

181 APUG – Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit, abgerufen am: 1. Dezember 2022, <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/werkzeuge-der-anpassung/projektkatalog/apug-aktionsprogramm-umwelt-gesundheit>.

Sinne ein.¹⁸² Das novellierte Atomgesetz sei eine Rechtsvorschrift, die dem Umweltschutz diene. Denn wesentliches Ziel des novellierten Atomgesetzes sei, die Nutzung der Kernenergie aufgrund der damit verbundenen Risiken zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu beenden. Das Gesetz diene daher dem Schutz der Umwelt vor den Gefahren radioaktiver Strahlung. Wegen des Grundsatzes der weiten Auslegung seien aber auch Unterlagen, welche im Zusammenhang mit der AtomG Novellierung anfielen, d.h. Dokumente über die Erarbeitung, Beratung und Verabschiedung des Gesetzes, als Umweltinformationen einzustufen.¹⁸³

Während Abkommen im Allgemeinen eine vertragliche Übereinkunft zwischen internationalen oder nationalen staatlichen Stellen bezeichnet,¹⁸⁴ gehen Umweltvereinbarungen etwas weiter und fassen alle Bereiche der kooperativen Absprachen zwischen Behörde und Privatpersonen zusammen.¹⁸⁵ Beispiele für Letztere sind öffentlich-rechtliche Verträge im Sinne von §§ 54 f. VwVfG oder freiwillige Selbstverpflichtungen Privater.¹⁸⁶

Pläne und Programme sind Instrumente des deutschen Umweltrechts in Form von Gesetzen, Rechtsverordnungen oder Satzungen, um bestimmte Umweltziele zu erreichen.¹⁸⁷ Beispiele hierfür sind Fachpläne der Raumordnung und Landesplanung, des Naturschutzes (Landschaftsprogramme und -rahmenpläne, Landschaftspläne nach §§ 10 und 11 BNatSchG), forstliche Rahmenpläne (§ 7 BWaldG), wasserwirtschaftliche Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne (§§ 82 und 83 WHG), Luftreinhaltepläne (§ 47 BImSchG), Lärminderungspläne (§ 47a BImSchG), Abfallwirtschaftskonzepte und -pläne (§§ 21, 30, KrWG), Brandschutz- und Katastrophenpläne sowie die Bauleitplanung.¹⁸⁸

182 OVG Berlin-Brandenburg, 13.11.2015, 12 B 16.14 – Informationen im Zusammenhang mit der Erarbeitung, Beratung und Verabschiedung eines Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes; OVG Münster, 30.08.2016, 15 A 2024/13 – Informationen im Zusammenhang mit der 13. AtomG-Novelle.

183 VG Berlin, 18.12.2013, 2 K 249.12 – Informationen im Zusammenhang mit der 13. AtomG-Novelle, open-Jur Rn. 30.

184 *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 96; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 46.

185 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 96; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 46; *Jürgen Fluck/Andreas Theuer*, in: Fluck/Fischer/Martini (Hrsg.), Informationsfreiheitsrecht, 2020, § 2 UIG Rn. 370-372.

186 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 96; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 46.

187 *Jürgen Fluck/Andreas Theuer*, in: Fluck/Fischer/Martini (Hrsg.), Informationsfreiheitsrecht, 2020, § 2 UIG Rn. 357; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 46; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 96; Planungsrecht, abgerufen am: 1. Dezember 2022, <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Planungsrecht&olbid=213464657>.

188 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 46; *Jürgen Fluck/Andreas Theuer*, in: Fluck/Fischer/Martini (Hrsg.), Informationsfreiheitsrecht, 2020, § 2 UIG Rn. 359.

V. Umweltberichte (Nr. 4)

Berichte zur Umsetzung des Umweltrechts gemäß § 2 Abs. 3 Nr. 4 UIG sind insbesondere jene, mit denen die Mitgliedstaaten ihren Berichtspflichten nach den europäischen Umweltrichtlinien nachkommen.¹⁸⁹ Hierzu gehören zum Beispiel die Berichte nach Art. 17 FFH-Richtlinie, Art. 26 EU-Luftqualitätsrichtlinie, § 47d BImSchG oder § 65 WHG.¹⁹⁰ Es handelt sich bei dieser ausdrücklichen Nennung der Umweltberichte lediglich um eine gesetzgeberische Klarstellung, da Umweltberichte bereits von § 2 Abs. 3 Nr. 3 Bst. b UIG erfasst sein dürften.¹⁹¹ Unter Nr. 4 fallen unter anderem Stellungnahmen des Bundesamtes für Naturschutz zu Maßnahmen in einem FFH-Gebiet.¹⁹²

VI. Kosten-Nutzen-Analysen (Nr. 5)

Unter den Umweltinformationsbegriff fallen nach dem Gesetzeswortlaut auch Kosten-Nutzen-Analysen oder sonstige wirtschaftliche Analysen und Annahmen, die zur Vorbereitung oder Durchführung von Maßnahmen oder Tätigkeiten im Sinne der Nr. 3 verwendet werden. Kosten-Nutzen-Analysen und andere wirtschaftliche Analysen sind Instrumente zur Bestimmung der wirtschaftlichen Realisierbarkeit von Projekten mit Umweltbezug.¹⁹³ Da sie den Entscheidungsprozess der öffentlichen Hand wesentlich beeinflussen, haben solche Analysen mittelbar Einfluss auf Maßnahmen und Tätigkeiten im Sinne von Nr. 3.¹⁹⁴ Die Pflicht zur Durchführung solcher Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen ergibt sich für den Bund aus § 7 Abs. 2 Bundeshaushaltsordnung (BHO).¹⁹⁵ Da die Vorschrift Bürger*innen ermöglichen soll, die inhaltliche Richtigkeit einer auf Grundlage der Kosten-Nutzen-Analyse getroffenen Entscheidung zu überprüfen, sind nicht nur die Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Analyse Umweltinformationsbegriff erfasst, sondern auch die zugrunde gelegten Faktoren.¹⁹⁶

189 *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 106; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 47; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 98; *Jürgen Fluck/Andreas Theuer*, in: Fluck/Fischer/Martini (Hrsg.), Informationsfreiheitsrecht, 2020, § 2 UIG Rn. 379.

190 *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 106.

191 *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 106; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 47.

192 VG Köln, 22.11.2007, 13 K 4113/06 – Informationen im Zusammenhang mit Instandsetzungs- und Unterhaltungsmaßnahmen an der Elbe.

193 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 48; *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 107.

194 *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 99; *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 107.

195 *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 99; *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 107.1; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 48.

196 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 46; BVerwG, 23.02.2017, 7 C 31/15 – Planfeststellungsabschnitte Rn. 56; vorgehend: OVG Berlin-Brandenburg, 10.07.2015, 12 B 3.13 – Planfeststellungsabschnitte eines Verkehrsprojektes der DB Netz AG I, openJur Rn. 123.

Darüber hinaus fallen unter Nr. 5 auch Informationen zur Finanzierung des Vorhabens oder die Finanzkraft des Vorhabenträgers¹⁹⁷ sowie Kosteneinzelberechnungen für Bauprojekte, die dazugehörigen Entwurfshefte mit entsprechenden Bauabschnittsheften, Kostenhefte, Kostenübersichten oder Kostenschätzungen oder Nutzen-Kosten-Untersuchungen für Bahnprojekte, unabhängig davon, ob diese in den Planfeststellungsbeschluss Eingang gefunden haben.¹⁹⁸

VII. Zustand der menschlichen Gesundheit und Sicherheit, die Lebensbedingungen des Menschen sowie Kulturstätten und Bauwerke (Nr. 6)

Nach § 2 Abs. 3 Nr. 6 UIG unterfallen dem Umweltinformationsbegriff auch alle Daten über den Zustand der menschlichen Gesundheit und Sicherheit, die Lebensbedingungen des Menschen sowie Kulturstätten und Bauwerke, soweit sie jeweils vom Zustand der Umweltbestandteile im Sinne von Nr. 1 oder von Faktoren, Maßnahmen oder Tätigkeiten im Sinne der Nrn. 2 und 3 betroffen sind oder sein können.

Angelehnt an die Definition der WHO ist die menschliche Gesundheit weit zu verstehen und beschreibt einen Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.¹⁹⁹

Zu den Daten über die menschliche Sicherheit zählen Informationen über gesundheitsgefährdende Substanzen (z.B. Giftstoffe), Faktoren (z.B. Strahlung) oder andere natürliche oder menschlich erzeugte Bedingungen, die die menschliche Gesundheit durch die Einwirkung auf Umweltgüter beeinträchtigen.²⁰⁰ Hierunter fällt auch die Kontamination der Lebensmittelkette, wie vom Gesetzgeber klargestellt.²⁰¹ Kontamination ist die Verunreinigung von Lebensmitteln durch unerwünschte oder schädliche

197 BVerwG, 21.02.2008, 4 C 13.07 – Einsicht in CADEC-Datenbank zum Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main, Rn. 13.

198 *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 107.1 mit Hinweis auf; OVG Berlin-Brandenburg, 10.07.2015, 12 B 3.13 – Informationen über Planfeststellungsabschnitte eines Verkehrsprojektes der DB Netz AG I.

199 Gesundheit, abgerufen am: 1. Dezember 2022, <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Gesundheit&oldid=226328819>; *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 111 f. *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götzke/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 100; *Jürgen Fluck/Andreas Theuer*, in: Fluck/Fischer/Martini (Hrsg.), Informationsfreiheitsrecht, 2020, § 2 UIG Rn. 384; einschränkend *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 8 UIG Rn. 50, wonach sozialadäquate oder unwesentliche Beeinträchtigungen außer Acht bleiben sollen.

200 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 50; *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 113; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götzke/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 100; *Jürgen Fluck/Andreas Theuer*, in: Fluck/Fischer/Martini (Hrsg.), Informationsfreiheitsrecht, 2020, § 2 UIG Rn. 386.

201 *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götzke/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 100; *Jürgen Fluck/Andreas Theuer*, in: Fluck/Fischer/Martini (Hrsg.), Informationsfreiheitsrecht, 2020, § 2 UIG Rn. 387.

Stoffe.²⁰² Lebensmittel sind gemäß Art. 2 der Lebensmittelbasisverordnung²⁰³ wiederum Stoffe oder Erzeugnisse, die dazu bestimmt sind oder von denen nach vernünftigem Ermessen erwartet werden kann, dass sie in verarbeitetem, teilweise verarbeitetem oder unverarbeitetem Zustand von Menschen aufgenommen werden.²⁰⁴ Im Hinblick auf das Ziel einer Harmonisierung des Lebensmittelrechts auf europäischer Ebene, scheint es angezeigt, die Definition der Lebensmittelbasisverordnung zugrunde zu legen.²⁰⁵ Die Rechtsprechung stuft Angaben über die Dioxinbelastung von Futtermitteln,²⁰⁶ die Belastung von Mineralwasser mit Uran²⁰⁷ sowie Rückstände von Pflanzenschutzmitteln auf Lebensmitteln²⁰⁸ als Kontamination der Lebensmittelkette ein.²⁰⁹

Zu den Lebensbedingungen des Menschen, die weit zu verstehen sind, zählen nach dem *Aarhus-Convention Implementation Guide*²¹⁰ die Wasser- und Luftqualität, Wohn- und Arbeitsbedingungen, der relative Wohlstand sowie verschiedene soziale und sozioökonomische Bedingungen.²¹¹

Bauwerke sind sämtliche durch Menschenhand geschaffene, künstliche Bauten, während Kulturstätten eine besondere historische, volkskundliche, städtebauliche oder wissenschaftliche Bedeutung für die Allgemeinheit haben.²¹²

202 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 51; *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 115; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 100.

203 Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit.

204 *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 51.

205 *Kurt-Dietrich Rathke*, in: Sosnitzer/Meisterer Ernst (Hrsg.), Lebensmittelrecht, 183. EL 2022, Art. 2 EG-Lebensmittel-Basisverordnung Rn. 5.

206 OVG Koblenz, 02.06.2006, 8 A 10267/06 – Dioxinbelastung einer Tongrube, openJur Rn. 36.

207 VG Magdeburg, 18.07.2006, 5 A 383/05 MD – Uranbelastung von Mineralwassern.

208 EuGH, 16.12.2010, C-266/09 – Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln Rn. 39 f.


209 *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 115.1.

210 United Nations/Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe (Hrsg.), *The Aarhus Convention: An Implementation Guide*, 2. Auflage 2014, 55.

211 Die deutsche Übersetzung hinsichtlich des relativen Wohlstandsbegriffes ist fehlerhaft in: *Jürgen Fluck/Andreas Theuer*, in: Fluck/Fischer/Martini (Hrsg.), Informationsfreiheitsrecht, 2020, § 2 UIG Rn. 388; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 50; *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 100.

212 *Gernot-Rüdiger Engel*, in: Götze/Engel (Hrsg.), UIG, 1. Auflage 2017, § 2 Rn. 100; *Olaf Reidt/Gernot Schiller*, in: Landmann/Rohmer UmweltR, 90. EL 2019, § 2 UIG Rn. 50; *Moritz Karg*, in: Gersdorf/Paal (Hrsg.), BeckOK InfoMedienR, 37. Ed. 2021, § 2 UIG Rn. 114; United Nations/Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe (Hrsg.), *The Aarhus Convention: An Implementation Guide*, 2. Auflage 2014, 55.

Autorin

Layla Ansari , Universität Bielefeld, Lehrstuhl für öffentliches Recht, Umwelt- und Technikrecht, Rechtstheorie, Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld, layla.ansari@uni-bielefeld.de

Open Access

Das Kapitel ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International veröffentlicht. Den Vertragstext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>. Bitte beachten Sie, dass einzelne, entsprechend gekennzeichnete Teile des Kapitels von der genannten Lizenz ausgenommen sein bzw. anderen urheberrechtlichen Bedingungen unterliegen können.